

presse

Zahl der Ausbildungsplatzangebote sinkt – Zahl der Jugendlichen ohne Abschluss zu hoch

Anlässlich der Veröffentlichung des Berufsbildungsberichts 2011 erklären der zuständige Berichterstatter Willi Brase und die stellvertretende arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Katja Mast:

Der Berufsbildungsbericht zeigt: Das Ausbildungsplatzangebot ist 2010 weiter gesunken und mit insgesamt 580.000 Ausbildungsplätzen sogar auf dem drittniedrigsten Stand der vergangenen zehn Jahre. Wir haben mit 1,5 Millionen jungen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren viel zu viele ohne Schul- und Berufsabschluss. Willi Brase und Katja Mast kritisieren die Kürzungen der Bundesregierung gerade in diesem Bereich.

Auch wenn die Bundesregierung uns einreden möchte, dass es "mehr unbesetzte Ausbildungsstellen als unversorgte Bewerber" gibt, zeigt der Berufsbildungsbericht 2011 doch ein anderes Bild: Das Ausbildungsplatzangebot ist 2010 weiter gesunken und mit insgesamt 580.000 Ausbildungsplätzen sogar auf dem drittniedrigsten Stand der vergangenen zehn Jahre. Auch 2010 gab es immer noch 84.600 Jugendliche, die von der Bundesagentur für Arbeit als "ausbildungsreif" eingestuft wurden und dennoch keinen Ausbildungsplatz erhielten.

Es ist zwar richtig und positiv, dass der Anteil unversorgter Altbewerberinnen und Altbewerber zurückgegangen ist. Allerdings hängen mit einer Anzahl von 320.000 immer noch viel zu viele Jugendliche in Übergangsmaßnahmen wie zum Beispiel Praktika fest. Es ist ein Anliegen der SPD-Bundestagsfraktion, das Übergangssystem transparenter gestalten und auf Maßnahmen zu reduzieren, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen. Und wir dürfen Jugendliche mit Vermittlungshemmnissen - zum Beispiel mit einer sozialen Benachteiligung oder einem Migrationshintergrund - nicht in eine Übergangsmaßnahme nach der anderen stecken, sondern ihnen eine Chance im Betrieb geben.

Wir haben mit 1,5 Millionen jungen Menschen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren immer noch eine hohe Anzahl von Jugendlichen ohne Schul- und Berufsabschluss. Die SPD-Bundestagsfraktion kritisiert vehement die Kürzungen der Bundesregierung im Eingliederungstitel. In der Qualifizierungsinitiative wurde beschlossen, Schulabgänger ohne Schulabschluss auf vier Prozent und junge Menschen ohne Berufsabschluss auf 8,5 Prozent bis 2015 zu verringern. Dazu brauchen wir aber mehr Geld für Qualifizierung, statt unsoziale Mittelkürzungen.